



Patenschaften für Aufnahme und Integration Kommunale Konzepte für eine Win-Win-Strategie

Flüchtlinge werden Kommunen bisher oft nach einem rechnerischen Schlüssel zugeteilt, ohne eingehendere Prüfung, wie Geflüchtete und aufnehmende Kommunen zusammenpassen und was an begleitenden Maßnahmen sinnvoll wäre. Dies hat die Beteiligten vor Ort wiederholt vor Probleme gestellt. Dabei gibt es bessere Lösungen!

Besser sollte die **Aufnahme von Flüchtlingen** nach Möglichkeit mit einer **Patenschaftsvereinbarung** oder einer bewussten Aufnahmezusage einer Kommune oder von Privatpersonen gekoppelt werden. Nach bisherigen Erfahrungen – nicht nur in Deutschland – erleichtert und beschleunigt die dadurch verbesserte Betreuung ein Einleben, sodass sich die Wahrscheinlichkeit für eine schnellere und erfolgreichere Integration erhöht. Auch können mit einer Patenschaftsvereinbarung für die Aufnahme von Flüchtlingen die Interessen und Fähigkeiten der Aufnehmenden und der Aufgenommenen besser aufeinander abgestimmt werden. Daraus kann für jede der beteiligten Gruppen ein Nutzen entstehen – eine Win-Win-Situation. Die Verteilung „nach Schlüssel“ könnte sich dann auf Fälle beschränken, in denen eine Patenschaftsvereinbarung z.B. aus Zeitgründen nicht erreicht werden konnte.

Solche Patenschaftsvereinbarungen sind nicht nur wichtig für Flüchtlinge, für die aufgrund eines Asylverfahrens in Deutschland eine Schutzberechtigung festgestellt wurde. Sie bieten sich besonders auch an für die relativ planbare Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen internationaler Vereinbarungen zu [Resettlement \(Um- oder Neuansiedlung\) sowie humanitärer Aufnahme](#), bei denen die Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge vor Ort durch Dritte festgestellt wird, in der Regel durch UNHCR, ggf. mit zusätzlichen Kriterien für die Auswahl seitens des aufnehmenden Landes. Die teilweise in Bundesländern schon vorhandenen [Programme](#) sollten dafür ausgebaut werden.

Mit Blick auf eine Verringerung unregelmäßiger Migration wäre es strategisch wichtig, die Vereinbarungen zu Resettlement auszubauen. Auf diese Weise würde nämlich für Schutzbedürftige die Möglichkeit ausgebaut, geregelt und legal nach Europa/Deutschland zu kommen. Der Druck, über tausende von Kilometern mit kriminellen Schleppern bis in die EU zu gelangen, um dort einen Asylantrag stellen zu können, würde damit verringert.

Denkbar wäre es, die von Deutschland für 2021 zugesagte Aufnahmezahl von [6.800 Personen für Resettlement und humanitäre Aufnahme](#) in Schritten auf z.B. 40.000 pro Jahr anzuheben. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung in Deutschland entspräche das einer Aufnahme von lediglich ca. 0,05 % pro Jahr, was nach den Erfahrungen mit Patenschaftsprogrammen die Integrationsfähigkeit sicher nicht übersteigt. Wegen des erheblichen Rückgangs der nach 2016 in Deutschland gestellten Asylanträge besteht Luft, die Resettlement-Zusagen allmählich anzuheben.

Wenn sich über Patenschafts- und Resettlement-Vereinbarungen positive Beispiele für die Integration von Flüchtlingen in Kommunen mit gegenseitigem Nutzen (Win-win-Situation) entwickeln, könnte dies auch auf östliche Nachbarländer in der EU ausstrahlen, die bisher gegenüber Migration aus südlichen Ländern eher skeptisch eingestellt sind.

Welche Erfahrungen gibt es dazu?

Was ist für einen Erfolg wichtig?

Was gibt es an Förderung?

1. Erfahrungen mit Patenschafts-Programmen und kommunalen Konzepten

Beispiel Kanada

Im Zusammenhang mit der Aufnahme der vietnamesischen Boatpeople entwickelte sich in Kanada ab 1980 ein Patenschaftskonzept, auch in einem Zusammenhang mit Resettlement-Vereinbarungen: Privatpersonen oder auch Kommunen konnten sich verpflichten, die Versorgung einer bestimmten Zahl von Flüchtlingen zu übernehmen, die dann die Einreisegenehmigung erhielten. Bei der Entwicklung spielte die Bürgermeisterin der kanadischen Hauptstadt, Marion Dewar, eine wesentliche Rolle. Im offenen Dialog mit Stadtrat und Bürgerschaft gelang es ihr, dass die Stadt bei damals 300.000 Einwohnern 4.000 Patenschaften übernahm. (*Zahlenangaben aus Gerald Knaus, Welche Grenzen brauchen wir?*)

Aufgrund der nach anfänglichen Bedenken überwiegend positiven Erfahrungen mit diesem Konzept beteiligten sich immer mehr Einzelpersonen und Kommunen an diesen Patenschaften. Zusätzlich zu dem staatlichen Aufnahmeprogramm summierten sich die Patenschaften für den Zeitraum 1980-2000 auf rund 165.000 und von 2001-2020 auf über 150.000. Aufgrund der Beschleunigung der Integration durch die Patenschaften wurde nach Untersuchungen erreicht, dass nach 1 ½ Jahren bereits 90% der Flüchtlinge im arbeitsfähigen Alter eine Beschäftigung gefunden hatten. – Zum Vergleich: Mit der bisherigen Vorgehensweise in Deutschland wird eine Beschäftigungsquote von nur etwa 50% erst nach 4 Jahren erreicht.

Beispiel Mechelen, Belgien

Um das Jahr 2000 schien der Abstieg der alten Industriestadt in Flandern, Belgien, nicht mehr aufzuhalten: Stadtteile verwarhlosten, sie galt als dreckigste Stadt Flanderns, hatte eine der höchsten Kriminalitätsraten, hohen Anteil an Migranten in der Bevölkerung, zunehmende Abgrenzungen in der Bevölkerung. Doch 2016 landete Mechelen wieder in den Top Ten europäischer Kleinstädte, in denen Investitionen empfohlen werden, Familien zogen wieder dorthin, die Straßenkriminalität wurde um mehr als 75% verringert. – Der [Grund für die Änderung](#): Im Januar 2001 kam ein neuer Bürgermeister ins Amt, der mit einer Kombination von „Law and Order“ und „Multikulti“ eine inklusive Kommunalpolitik entwickelte. Wiederbelebung und Wiederaufbau Mechelens wurde zu einem gemeinsamen, erfolgreichen Projekt für Alteingesessene und Migranten.

Kommunen in Deutschland

In den letzten Jahren haben auch in Deutschland etliche Kommunen Programme entwickelt, um die Integration von Migranten und Flüchtlingen zu optimieren. **Ziel ist es jeweils, eine Entwicklung zu einem gemeinsam gestalteten Zusammenleben anzustoßen.** Die Programme haben dabei unterschiedliche Schwerpunkte und Umfänge entsprechend den in der jeweiligen Kommune gegebenen Randbedingungen und Möglichkeiten – hier ganz wichtig: besonders engagierte Personen in der aufnehmenden und in der zugezogenen Bevölkerung. Eine anschauliche Zusammenfassung zum Spektrum der Programme mit sechs als Beispielen ausgewählten Kommunen bringt eine neuere [Veröffentlichung](#) des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Besonders interessant ist das Beispiel der Stadt Altena im Sauerland mit dem Konzept „Vom Geflüchteten zum Altenaer Mitbürger“. – In Stichworten:

- Im Zeitraum 1970-2010 wegen Unternehmensabwanderung/-schließung am stärksten schrumpfende Stadt Westdeutschlands (fast Halbierung der Bevölkerung), Leerstände in Wohnungen und Geschäftsräumen, Abwanderung jüngerer Leute, ...
- 2015 zusätzlich zu zugewiesenen Flüchtlingen (ca. 200) freiwillige Aufnahme von 100 weiteren Flüchtlingen, dezentrale Unterbringung im Wohnungsleerstand, von Anfang an Betreuung durch ehrenamtliche „Kümmerer“, Sprachkurse für alle, aktive, erfolgreiche Arbeitsmarktintegration, soziale Kontakte, ...
- 2017 Gewinn des nationalen Integrationspreises, 2020 stellt der zwischenzeitlich heftig

angefeindete Bürgermister mit Blick auf die erreichten Erfolge in der Integration und Stadtentwicklung fest: „[Am Ende waren es die Anfeindungen wert](#)“.

Auch der Deutsche Städtetag, der insbesondere die größeren Städte vertritt, sieht den Schlüssel in der erfolgreichen [Integration vor Ort](#) in Kommunen, einige Großstädte haben aufgrund der längeren Zuwanderungsgeschichte schon seit mehreren Jahren städtische Integrationskonzepte, wie z.B. [Stuttgart](#) oder [Augsburg](#).

Einen internationalen [Überblick über Patenschaftsprogramme](#) hat 2019 das Migration Policy Institute Europe zusammengestellt. Dabei wird deutlich, dass sich ganz unterschiedliche Formen von Patenschaftsprogrammen herausgebildet haben. Insgesamt hat sich jedoch immer wieder gezeigt, dass Patenschaften sowie kommunale Aufnahme-Initiativen Integrationsschwierigkeiten verringern. **Sie sollten deshalb gefördert und nicht behindert werden.**

2. Wichtige Aspekte für erfolgreiche Patenschafts-Programme

Eine Patenschaftsvereinbarung sollte den Rahmen mit Rechten und Pflichten in der Zusammenarbeit zwischen Geflüchteten, Paten/Ehrenamtlichen und Behörden festlegen. Behörden und Ausbildungseinrichtungen sollten gehalten sein, mit zugeordneten Paten zu kooperieren, die Geflüchtete bei der Bewältigung des Behördenschriftverkehrs oder in der Schule und Ausbildung unterstützen.

Die Integration von Flüchtlingen kann besonders dann erfolgreich sein, wenn für die Aufnahme ein Gesamtkonzept verfolgt wird, das

- die Interessen und Fähigkeiten sowohl der aufnehmenden Kommune als auch der aufzunehmenden Flüchtlinge berücksichtigt und aufeinander abstimmt und
- von Repräsentanten der Kommune und der Flüchtlinge aktiv mitgetragen wird.

Hinsichtlich der Flüchtlinge ist dabei besonders zu achten auf:

- Betreuung durch „Paten“, die die kulturellen Unterschiede zwischen Herkunfts- und Aufnahme-land verstehen und damit umgehen können, sowie durch Behörden, die an erfolgreicher Integration interessiert sind,
- Berücksichtigung ggf. gesundheitlicher und psychischer Probleme, gezielte Integrationskurse, intensive Sprachschulung,
- passende Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote,
- Wohnraum und Infrastruktur (z.B. Transport, Einkauf, Internetzugang) so, dass Flüchtlingen Kontakte zu weiteren Mitbürgern, Zugang zum Arbeitsplatz und Teilhabe an Aktivitäten in der Kommune möglich sind,
- In gewissem Umfang Kontakt zu Landsleuten, die in der Integration schon fortgeschritten sind und damit das Einleben unterstützen können; allerdings darauf achten, dass sich weiterhin ausreichend Kontakte zur aufnehmenden Bevölkerung entwickeln (Vermeiden einer Ghetto-Bildung).

Hauptziel der Integration ist es, dass die Aufgenommenen möglichst bald ein selbständiges Leben führen können, wobei das Rechtssystem und die „Gepflogenheiten“¹ in Deutschland respektiert werden. Es ist weder erforderlich noch wünschenswert, dass sie darüber hinaus ihre bisherige Kultur ganz

¹ „Gepflogenheiten“ ist ein unscharfer Begriff, der sich für Deutschland inhaltlich auch nicht genau definieren lässt – in unterschiedlichen Regionen würde sich Verschiedenes ergeben. Das reicht von z.B. Traditionen, wie man Mitmenschen Respekt und Anerkennung zeigt bis zu lokalen/regionalen Gebräuchen, um ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu entwickeln. Es geht dabei nicht darum, dass „Zugereiste“ diese Gebräuche kopieren, sondern sie respektieren und den Hintergrund verstehen. Ein banales Beispiel: In Deutschland gilt es oft als unhöflich, wenn ein Gast seinen Teller praktisch gefüllt stehen lässt. In manchen anderen Ländern gilt es als unhöflich, wenn der Gast den Teller völlig leert, da das signalisiert, es gab nicht genug zu essen. Das Problem lässt sich durch Erklären einfach lösen.

„vergessen“. (Wir würden es auch bedauern, wenn die Restaurants ehemaliger italienischer Gastarbeiter nur „gutbürgerliche deutsche Küche“ anbieten würden.)

Mit wachsender Selbständigkeit können und sollten die Patenschaften auslaufen. Dabei sollte auch bewusst gefördert werden, dass „ehemalige“ Migranten sich in Patenschaftsprogrammen engagieren, da sie den „kulturellen Brückenschlag“ besonders glaubwürdig vermitteln können.

Hinsichtlich der aufnehmenden Kommune sind insbesondere wichtig:

- Bereitschaft und Möglichkeit, in eigener Verantwortung wichtige Teile des Gesamtkonzepts zu gestalten, sodass zusammen mit der Aufnahme von Flüchtlingen auch Struktur- und Entwicklungsprobleme der Kommune angegangen werden können
- Zugang zu Beratung durch überregionale Institutionen (z.B. Planungskapazität, Erfahrungsaustausch) sowie zu materieller Unterstützung durch Bundesland, Bundesrepublik, EU (z.B. Strukturhilfen, da [gibt es vieles](#), aber leider oft recht bürokratisch behindert)
- Bereitschaft und Fähigkeit, „Neues“ als Chance zu sehen, Entwicklung von Projekten, die von Aufnehmenden und Aufgenommenen als gemeinsames Projekt gesehen werden können (z.B. Wiederbelebung eines heruntergekommenen Stadtviertels)
- Regelungen für die Zusammenarbeit mit Paten und deren Unterstützung (z.B. Informationsangebote, Aufwandsentschädigungen).

Mit Blick auf die große Unterschiedlichkeit zwischen verschiedenen Kommunen und zwischen verschiedenen Geflüchteten ist es wichtig, Flüchtlinge nicht einfach nach einem numerischen Schlüssel zu verteilen, sondern die Aufnahme mit einem durchdachten Konzept anzugehen (s. auch den folgenden Abschnitt).

3. Stadt oder ländlicher Raum?

Bisher drängten Flüchtlinge vor allem in die Ballungszentren, weil sie dort eher Arbeit zu finden hofften und auf Kontakte zu Landsleuten zählten. Ballungszentren haben in der Regel auch weitere Vorteile für die Integration, wie z.B. eine bessere Infrastruktur (öffentlicher Nahverkehr, Erreichbarkeit von Behörden, Bildungseinrichtungen, Beratungsangebote), im Durchschnitt wohl auch einen entspannteren Umgang mit Fremden. Es gibt aber auch ausgeprägte Nachteile wie z.B. extreme Schwierigkeiten, einen angemessenen Wohnraum zu bekommen. Dies führt immer wieder dazu, dass Flüchtlinge letztlich in Stadtvierteln unterkommen, die von der bisherigen Bevölkerung zunehmend abgelehnt und verlassen werden, sodass Ghettos entstehen.

Spiegelbildlich gibt es außerhalb der Ballungszentren, also im „ländlichen Raum“ außerhalb von „Speckgürteln“ um größere Städte, Nach- und Vorteile: Arbeitsplätze und öffentliche Infrastruktur sind oft schwierig, Wohnraum ist teilweise günstiger, die Übersichtlichkeit größer, Dienstwege sind in der Verwaltung kürzer, soziale Nähe und Solidarität im ländlichen Raum oft ausgeprägter, was die Integration erleichtert. Die genannten Vorteile hängen allerdings stark davon ab, ob die meinungsprägenden Personen vor Ort in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft dafür offen sind. (Präziser sollte nicht von „ländlichem Raum“, sondern von „ländlichen Räumen“ gesprochen werden, da die Konstellationen regional sehr unterschiedlich sind.)

Für manche „ländlichen Räume“ bietet sich an, im Rahmen einer integrierten Lösung Probleme anzugehen, unter denen auch die aufnehmende Bevölkerung leidet. In strukturschwachen Regionen liegen typischerweise folgende, sich oft gegenseitig verstärkende Probleme vor:

- Aufgrund eines schwachen Arbeitsmarkts wandern junge Leute ab, die Zahl von Familien mit Kindern geht zurück.
- Wegen rückgehender Nachfrage blutet die Infrastruktur aus, Geschäfte, Schulen, Kitas, Kultureinrichtungen schließen, der ÖPNV wird ausgedünnt.

- Der Leerstand an Wohnungen nimmt zu, trotz abgesenkter Mietpreise sind Vermietungen kaum noch möglich.
- Die Bevölkerung überaltert, Versuche, neue Gewerbe- und Industriebetriebe anzusiedeln, scheitern an fehlenden Arbeitskräften.

In dieser Situation kann interessierten Kommunen das Angebot gemacht werden, dass die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingsfamilien in leerstehenden (aber nicht abgelegenen) Wohnungen kombiniert wird mit Unterstützungen aus Strukturfonds und Maßnahmen z.B. zur Ausbildung der Aufgenommenen, zum Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie zur Förderung der Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die nun wieder absehbar auf Arbeitskräfte zurückgreifen können. Ein anschauliches Beispiel, wie durch Aufnahme syrischer, kinderreicher Familien eine Schulschließung vermieden und außerdem das Gemeindeleben wiederbelebt wurde, hat [Golzow](#) im brandenburgischen Oderbruch geschaffen.

Kommunen, die sich aktiv mit eigenen Vorstellungen an einem lokalen Konzept beteiligen, haben so eine bessere Chance, aus der oben beschriebenen Abwärtsspirale wieder in eine Aufwärtsspirale überzugehen und die Lebensverhältnisse vor Ort positiv zu entwickeln. Wichtig sind dabei insbesondere Konzepte, um eventuelle Mobilitätsprobleme zu lösen, die auf dem Land für die neuen Mitbürger sehr behindernd sein können.

Wenn ein solches Konzept als gemeinsames Projekt der aufnehmenden Kommune und Bürgerschaft sowie der Aufgenommenen angegangen wird, kann dies zu einer Win-Win-Situation führen.

In einer [Untersuchung des BAMF](#) (2020) wird diese Chance zum Schaffen gleichwertiger Lebensverhältnisse ebenfalls hervorgehoben:

„Landkreise und ländliche Kommunen können durch Zuwanderung profitieren, indem z. B. Infrastrukturen erhalten oder ausgebaut werden können (Kitas, Schulen, öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Bestand von Unternehmen durch Sicherung der Arbeitskräftebasis). Sie müssen jedoch Strategien entwickeln, wie neue Bürgerinnen und Bürger am Ort gehalten werden können, wenn diese nicht mehr rechtlich verpflichtet sind, einen bestimmten Wohnsitz zu haben. Die Schaffung solcher „Haltefaktoren“ betrifft aber letztlich alle Bevölkerungsgruppen. Die erste daraus abgeleitete Handlungsempfehlung an die Kommunalpolitik ist deshalb, Zuwanderung (nicht nur von Geflüchteten) als Chance zur Aufrechterhaltung von Infrastruktur und Gemeinschaftsleben in ländlichen Gemeinden aufzufassen und dies auch nach außen zu kommunizieren – als möglichen Gewinn für alle. Migrantinnen und Migranten wiederum können das Leben auf dem Land ebenfalls schätzen oder schätzen lernen. Sei es, weil sie es schon aus ihrem Herkunftsort kennen, sei es, weil sie – gerade im Falle von Familien mit Kindern – den „Gefahren der Großstadt“ oder den höheren Mietpreisen dort entgehen wollen.“

In der BAMF-Untersuchung (dort Kapitel 6) werden noch weitere Probleme und Chancen der Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen eingehend behandelt und daraus Empfehlungen für vorteilhafte strategische Konzepte von Kommunen abgeleitet. Die Überlegungen werden ergänzt durch Studien von anderer Seite, mit Informationen auch zur Integration in Städten: [„Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land“](#) und [Der Weg über die Kommunen](#).

Insgesamt wird deutlich, dass mit strategischen, auf die jeweilige Situation angepassten Konzepten zur Aufnahme von Flüchtlingen auch wichtige Chancen für die aufnehmenden Kommunen eröffnet werden können.

4. Organisation und Förderung

Entwicklung und Umsetzung von solchen angepassten Konzepten setzen „Investitionen“ voraus (Ideen, Analysen, personelle und finanzielle Mittel). Mittlere und kleinere Kommunen können dies oft nicht „aus eigener Kraft stemmen“, sie sind hier angewiesen auf Informationsaustausch, Beratung, finanzielle und personelle Unterstützung.

Inzwischen gibt es EU- und bundesweit eine Vielzahl von Gremien, Verbänden, Netzwerken, Ausschüssen, die für Kommunen nutzbare Informationen und Erfahrungen zu Integrationskonzepten austauschen, wie z.B. [Rat der Gemeinden und Regionen Europas](#) (RGRE), [EUROCITIES](#) (ca. 140 große europäische Städte) oder [SEEBRÜCKE](#). Ebenso gibt es diverse Fonds für Struktur- und andere Hilfen im Zusammenhang mit Integrationsarbeit. – Das eigentliche Problem ist weniger, ob es etwas gibt, sondern wie eine Kommune die zu ihrer Situation und ihrem Konzept passende Beratung und finanzielle Unterstützung findet und mit der die Mittel verwaltenden Bürokratie klarkommt. Einen Überblick hierzu geben eine [Kurz-Expertise](#) im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung und [eine Publikation](#) der Heinrich-Böll-Stiftung. In diesen Untersuchungen werden auch wichtige Empfehlungen gegeben, wie bei der Vergabe von Unterstützungen Bürokratie abgebaut und Transparenz erhöht werden kann, damit für die Umsetzung der Konzepte auf kommunaler Ebene auch „möglichst viel“ ankommt.

Damit die Kommunen ihre Fähigkeiten für eine effektive Integration einbringen können, ist sehr wichtig: Die übergeordneten Verwaltungsebenen (Kreis, Land, Bund) sollten den Kommunen gewährte Beratung und finanzielle Unterstützung nicht als Hebel missbrauchen, um eigene Vorstellungen durchzusetzen und damit die Kreativität beim Entwickeln angepasster Lösungen in den Kommunen abzuwürgen.

5. Fazit

Die Aufnahme von Flüchtlingen in Verbindung mit Patenschaften sowie durchdachten, der jeweiligen kommunalen Situation angepassten Integrationskonzepten führt zu schnellerer und erfolgreicherer Integration und vermeidet Probleme der bisherigen Flüchtlingspolitik.

Die entscheidenden Schritte einer erfolgreichen Integration erfolgen immer in einem kommunalen Umfeld. Deshalb sollten – in wohlverstandener Anwendung des Subsidiaritätsprinzips – Mitspracherechte und Gestaltungsspielräume der Kommunen gestärkt werden. Das Votum der Kommunen bei der Entscheidung über Aufnahme von Flüchtlingen aus Resettlement- oder humanitären Aufnahmen ist wesentlich stärker als bisher zu berücksichtigen.

Die finanziellen und personellen Unterstützungen für die von den Kommunen übernommenen Aufgaben müssen langfristig und planbar angelegt werden, da erfolgreiche Integration einen stetigen Prozess benötigt.

Patenschaftsvereinbarungen sollten insbesondere auch im Rahmen von Resettlement-Programmen genutzt werden, um eine geregelte Aufnahme von Flüchtlingen zu begünstigen.

7. Literatur

- Eva Lutter et al., Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme, Asylmagazin 1–2/2018, S. 29–36
https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/beitraege_asylmagazin/Beitraege_AM_2018/AM18-1-2_beitrag_lutter_et_al.pdf
- Das Netzwerk Familienpaten Bayern
<https://www.familienpaten-bayern.de/ueber-uns-fampa-bayern/definition-familienpaten-bayern.html>
- Bundesministerium des Innern, Resettlement und humanitäre Aufnahmen, Stand Mai 2021,
<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingsschutz/humanitaere-aufnahmeprogramme/humanitaere-aufnahmeprogramme-node.html>
- Gerald Knaus, Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst - Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl, München 2020
- Torsten Meise, Null-Toleranz und Multikulti – geht das? ZEIT-ONLINE, 25.12.2016, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/belgien-mechelen-integration-terrorismus/komplettansicht>
- Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche und türkische Integrationskonzepte in Kommunen, 2020,
<https://www.dstgb.de/publikationen/dokumentationen/nr-154-deutsche-und-tuerkische-integrationskonzepte/doku-154-web.pdf?cid=doa>
- Anna Schmid, Flüchtlinge als Chance: Eine Problemstadt macht vor, was "Wir schaffen das" bedeutet, FOCUS-Online, 4.9.2020, https://www.focus.de/perspektiven/gesellschaft-gestalten/5-jahre-wir-schaffen-das-fluechtlinge-als-chance-wie-eine-problemstadt-zum-integrationsvorbild-wurde_id_12382081.html
- Deutscher Städtetag, Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren, 8.11.2016, <https://www.staedtetag.de/publikationen/betraege-zur-stadtpolitik/fluechtlinge-vor-ort-integrieren-2016>
- Stuttgarter Bündnis für Integration. Fortschreibung 2009, https://kommunalwettbewerb-zusammenleben.de/sites/default/files/integrationskonzept_stuttgart.pdf
- Integrationskonzept für die Stadt Augsburg, 2020, https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/verwaltungswegweiser/buero_fuer_migration_interkultur_und_vielfalt/Integrationskonzept.pdf
- Susan Fratzke et al., Refugee Sponsorship Programmes, Migration Policy Institute Europe, December 2019
<https://www.migrationpolicy.org/research/refugee-sponsorship-programs-opportunities-investment>
- Johanna Günther et al., Fördermittel für die Integrationsarbeit in ländlichen Kreisen und Gemeinden - Alles Gold, was glänzt? Robert-Bosch-Stiftung, 2021, https://www.land-zuhause-zukunft.de/wp-content/uploads/2021/01/Land.Zuhause.Zukunft_Kurz-Expertise_Alles-Gold-was-glaentzt.pdf
- E.-F. v. Aster, Geflüchtete in Golzow Eine syrische Familie findet eine neue Heimat, Deutschlandfunk Kultur, 4.10.2020, https://www.deutschlandfunkkultur.de/gefluechtete-in-golzow-eine-syrische-familie-findet-eine.1076.de.html?dram:article_id=484775
- Tabea Rösch et al., Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen, BAMF-Forschungsbericht 36, 2020
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb36-integration-laendlicher-raum.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- Hannes Schammann et al., Zwei Welten? - Integrationspolitik in Stadt und Land, Robert-Bosch-Stiftung, 2020
https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2020-07/Studie_ZWEI-WELTEN_Integrationspolitik.pdf
- Petra Bendel et al., Der Weg über die Kommunen - Empfehlungen für eine neue Schlüsselrolle der Kommunen in der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU, Heinrich-Böll-Stiftung, Februar 2019
https://www.boell.de/sites/default/files/der_weg_uber_die_kommunen_2._auflage.pdf?dimension1=division_euna